



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1  
DVR 37 257  
Fernschreib-Nr. 111145 reggeb a, 111780 reggeb a  
Telefax 713 79 95, 713 93 11  
Telefon 0222/71100 Durchwahl  
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 14.730/57-Pr/7/92

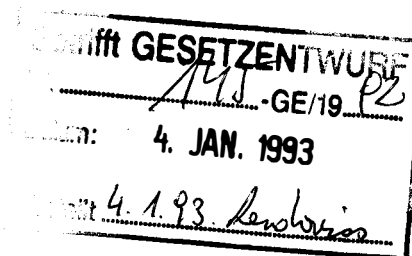
OKoär. Dr. Horak/5435

An das  
Präsidium des Nationalrates

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Parlament  
1016 W i e n

Betreff:  
Bundesgesetz über das Verbot des  
Verbrennes biogener Materialien;  
Ressortstellungnahme



Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner an das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie gerichteten Stellungnahme zum Entwurf des im Betreff ersichtlichen Bundesgesetzes zu übermitteln.

25 Beilagen

Wien, am 18. Dezember 1992

Für den Bundesminister:

Dr. Benda

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1  
DVR 37 257  
Fernschreib-Nr. 111145 reggeb a, 111780 reggeb a  
Telefax 713 79 95, 713 93 11  
Telefon 0222/71100 Durchwahl  
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 14.730/57-Pr.7/92

OKoär. Dr. Horak/5435

An das  
Bundesministerium für  
Umwelt, Jugend und Familie

Bitte in der Antwort die  
Geschäftszahl dieses  
Schreibens anführen.

Radetzykstr. 2  
1031      W i e n

Betreff:

Bundesgesetz über das Verbot des  
Verbrennens biogener Materialien;  
Ressortstellungnahme

zu do. Zl. 19 4444/7-I/8/92

Zu dem o.a. Gesetzesentwurf beehrt sich das Bundesministerium für  
wirtschaftliche Angelegenheiten folgendes mitzuteilen:

Zu § 1 Abs. 1:

Nach Auffassung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Ange-  
legenheiten ist der Begriff "biogene Materialien" zu unbestimmt.  
Um Rechtsunsicherheit zu vermeiden, sollte zumindest beispiels-  
weise angeführt werden, welche Materialien darunter zu verstehen  
sind.

Eine genaue Definition des Begriffes "Anlagen" im Sinne des § 1  
Abs. 1 des Entwurfes erscheint unabdingbar. Sollten unter "spe-  
ziell geeigneten Anlagen" (siehe die Seite 4 der Erläuterungen)  
"speziell ausgerüstete größere Verbrennungsanlagen" (siehe den  
letzten Absatz auf der Seite 2 der Erläuterungen) gemeint sein,  
so müßte dies im geplanten Gesetzestext Niederschlag finden.

Zu § 1 Abs. 2:

Es stellt sich die Frage, wann eine "extreme Trockenheit" im  
Sinne des vorgeschlagenen Gesetzestextes vorliegt; die auf den

- 2 -

Seiten 4 f der Erläuterungen dargelegten Kriterien sollten im geplanten Gesetzestext Aufnahme finden.

Zu § 1 Abs. 2 und 3:

Es wäre klarzustellen, in welchen Fällen Ausnahmen mit Verordnung zuzulassen wären und in welchen Fällen Ausnahmen mit Bescheid erlaubt werden müßten (siehe etwa den § 7 des Produktsicherheitsgesetzes, BGBl. Nr. 171/1983).

Zu § 1 Abs. 3:

Abschließend wird darauf hingewiesen, daß aus dem geplanten Gesetzestext nicht hervorgeht, was unter "punktuellem Verbrennen", "kleinen Mengen" und "im ortsüblichen Ausmaß" zu verstehen ist. Insbesondere im Hinblick auf die im § 2 des Entwurfes vorgesehene Strafbestimmung erscheint es im Sinne der Rechtssicherheit und der einheitlichen Vollziehung unabdingbar, die genannten unbestimmten Begriffe hinreichend klarzustellen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 18. Dezember 1992

Für den Bundesminister:

Dr. Benda

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

